

Satzungsbeschluss zum Moser-Areal

Nach drei Offenlagen wurde in der letzten GR-Sitzung der Bebauungsplan „Moser-Areal“ als Satzung beschlossen.

Die Fronten waren klar abgesteckt: CDU und SPD keine NEIN-Stimmen, FWG und BuG keine JA-Stimmen.

Natürlich haben wir kein Problem damit, wenn jemand eine andere Position vertritt als wir und gegen etwas ist, das wir befürworten. Trotzdem macht auch hier der Ton die Musik, und da waren in der letzten Sitzung doch einige Misstöne eingebaut.



Gerade die BuG stößt mit ihrer Argumentation bei uns auf viel Unverständnis. Bei allem Respekt dafür, dass man sich intensiv mit der Materie auseinandergesetzt hat: Wir können die Mehrzahl der vorgetragenen Positionen einfach nicht nachvollziehen.

Gebetsmühlenartig werden seit über einem Jahr immer die gleichen nicht haltbaren Punkte in die Diskussion geführt, z.B.

- heißt es ständig: „Wir befürchten, dass ...“ – „Wir vermuten, dass ...“ und wird so getan als gäbe es keine Gutachten bzw. als seien die vorliegenden Gutachten fehlerhaft,
- wird anmaßend versucht, den Rechtsanwalt der Gemeinde als Dilettanten hinzustellen,
- wird ein Uralt-Bebauungsplan als Sonntagslösung angepriesen, obwohl der nur mangelhaften Nachbarschaftsschutz beinhaltet,
- wird ständig suggeriert, dass ein Gewerbegebiet ohne Lärmschutzfassade und Lärmkontingent nachbarschaftsschützender sei,
- wird den Familien in der Werderstraße eingeredet, der „andere Teil“ des Gemeinderats und die Verwaltung unternähmen nichts zum Schutz der Anwohner und würden die Bedenken der Bürger nicht ernst nehmen,
- wird fälschlicherweise ein Parkchaos vorgegaukelt, weil es auf dem Betriebsgelände angeblich nur vier LKW-Stellplätze geben soll, obwohl jeder Betrieb die gesetzliche Stellplatzverordnung erfüllen muss (siehe die Pläne der Fa. Aurelis mit ca. 35 LKW- und über 100 PKW-Stellplätzen).



Natürlich darf eine im Gemeinderat vertretene Wählervereinigung für ihre Klientel eintreten, für sie Partei ergreifen und um deren Wählerstimmen buhlen. Das machen wir ja auch. Auch wir haben uns seinerzeit bei der geplanten Ansiedlung eines Abfallverwerfers auf dem alten Sägewerksgelände für die Wohnqualität der Anwohner eingesetzt und die

Ansiedlung eines Betriebes mit stinkender Abluft mitverhindert – und das gegen die Befürworter aus der BuG, die damals ohne mit der Wimper zu zucken den Nachbarn einen echten Problembetrieb vor die Nase geknallt hätten!

Die SPD-Fraktion kann mit der nun beschlossenen Lösung leben. Wir sind davon überzeugt, dass im Bebauungsplan alle erdenkbaren Schutzschilder eingebaut sind und auch unsere Anforderungen darin festgeschrieben sind:

- Ausweisung des Areals als Sondergebiet mit Lärmkontingentierung
- Verringerung der Grundflächenzahl auf 0,7 (d.h. 70% überbaubare Fläche) für zusätzliche LKW-Stellplätze



- Einbau einer höchstabsorbierenden Fassade zum besseren Schutz gegen den reflektierten Bahnlärm
- Ausschluss von Problembetrieben, die eine bundesimmissionschutzrechtliche Genehmigung benötigen

Im Rückblick auf die letzte GR-Sitzung soll aber auch nicht vergessen werden, dass auf Initiative der BuG entlang des Plangebietes ein kombinierter Geh- und Radweg bis zur Malscher Straße vorgesehen wird. Das ist eine gute und vernünftige Lösung.

Trotz der Stimmenthaltung der Antragsstellerin BuG zum eigenen Antrag konnte dieser und damit auch der Fuß- und Radweg mit den JA-Stimmen von SPD, CDU und Bürgermeister gerettet werden! Auch so etwas gibt es in unserem Gemeinderat.

Auf Antrag der BuG-Fraktion wurde über den Bebauungsplan namentlich abgestimmt. Ein Schelm wer Böses dabei denkt!

Noch Fragen oder Anregungen, Lob oder Kritik? Dann einfach ansprechen, anrufen oder mailen: www.spd-durmersheim.de bzw. kontakt@spd-durmersheim.de.

Ihre SPD-Fraktionen: Jürgen Braun (OR), Michael Stalla (OR), Andrea Bruder, Dr. Dieter Baldo, Werner Hermann, Michael Kirchhofer und Josef Tritsch